

Jens (Erzieher, Stuttgart)
Rede bei der Kundgebung der Initiative „40 Jahre Radikalenerlass“
zum Tag der Menschenrechte
Stuttgart, 10. Dezember 2019

Hallo zusammen & herzlichen Dank für eure Einladung!

Ich heiße Jens und bin gelernter Kindergärtner. Aktuell arbeite ich in einer größeren Kita eines kirchlichen Trägers hier in Stuttgart. Bis vor etwa einer halben Stunde war ich noch im Dienst, im Anschluss an diese Kundgebung werde ich es wieder sein.

Ihr merkt schon, ich bin keiner, der aktuell von einem Berufsverbot betroffen ist. Und, ich bin zu jung, um Teil derer zu sein, die heute ihre Rehabilitierung fordern. Was berechtigt mich also, hier zu euch zu sprechen?

Nun, nur weil die Hochphase der Berufsverbote vorbei ist, heißt das nicht, dass es keinerlei Repression aufgrund von politischem Engagement am Arbeitsplatz mehr gibt. Einer der davon mehr als nur ein Lied singen kann ist Micha, wir hören ihn später. Auch ich bin Betroffener, auch ich sollte meinen Job verlieren – wenn auch der ganze Fall etwas anders gelagert ist. Davon möchte ich euch berichten.

Es ist Sommer 2018. Kurz vor der allgemeinen Urlaubszeit veröffentlicht die AfD-Fraktion im Stuttgarter Landtag eine Pressemitteilung. Die Rechtspopulisten nennen in der Erklärung meinen Namen, meinen Beruf, meinen Arbeitgeber. Sie kritisieren meine Anstellung als Erzieher und beschimpfen mich als Linksextremisten. Als Beleg dafür reicht ihnen mein öffentliches Engagement im Bündnis gegen Rechts und meine Mitarbeit im Linken Zentrum Lilo Herrmann.

Neben mir wird in der Pressemitteilung auch ein Kollege angegriffen, der wie ich in die Mitarbeitervertretung gewählt wurde. Sein mutmaßliches Vergehen: Er hatte sich in der Betriebszeitung flüchtlingssolidarisch geäußert.

Von weiten Teilen der bürgerlichen Presse wird die AfD-Erklärung ignoriert. Neben einigen rechten Portalen greift nur ein Angestellter der Stuttgarter Nachrichten die Meldung einige Wochen später auf. Er verfasst einen längeren Artikel, den er mit einem Foto garniert, auf dem brennende Barrikaden zu sehen sind. Mit meinem Fall hat das Bild nichts zu tun. Vielmehr erweckt die Bildauswahl den Eindruck: Hier soll Stimmung gegen Links gemacht werden. Der Text endet mit der Forderung eines CDU-Landespolitikers, mein Arbeitsverhältnis zu beenden.

Während der erste Artikel erscheint bin ich im Urlaub. Eine erste SMS erreicht mich auf einem kleinen Parkplatz irgendwo im Nirgendwo in Frankreich. „Die CDU will, dass du deinen Job verlierst“ ist der sinngemäße Inhalt.

Und tatsächlich. Kaum zurück im Dienst, werde ich von meinem Arbeitgeber erst frei- und dann einbestellt. Die Hetze von Rechts zeigt Wirkung. Anstatt sich schützend vor den eigenen Angestellten zu stellen werde ich zum mehrstündigen Rapport zitiert. Vorweg genommen: Ich

konnte meinen Job behalten. Grund dafür war aber nicht etwa die Einsicht der Führungsetage, wie wichtig antifaschistisches Engagement in Zeiten des gesellschaftlichen Rechtsrucks ist.

Es war eine breite Solidaritätsbewegung, die den Entlassungsforderungen öffentlich entgegengetreten ist. Politische Mitstreiter und Kolleginnen verfassen eine Solidaritätserklärung, die innerhalb kürzester Zeit von mehr als tausend Menschen unterzeichnet wird, darunter Bundespolitiker, aber auch Eltern aus meiner Kita und JournalistInnen. Mehrere dutzend Organisationen, vom Personalrat der Stadt Stuttgart bis hin zu antifaschistischen Initiativen und linken Gruppen, solidarisieren sich. Auch jetzt, über ein Jahr nach den Ereignissen, trudeln noch Solidaritätsbekundungen ein.

Der Fall „Jens“ scheint vorerst ein Einzelfall. Natürlich schreiben die Rechtspolitiker auch weiterhin Presseerklärungen die ihre Gegner und JournalistInnen diskreditieren sollen. Eine vergleichbare öffentliche Hetzkampagne hat es aber, zumindest in Baden-Württemberg, seit Sommer 2018 nicht mehr gegeben.

Das wird nicht so bleiben. Wenn wir uns den aktuellen Rechtstrend anschauen, dann ist es nur eine Frage der Zeit, wann weitere Angriffe auf Linke, auf engagierte GewerkschafterInnen, auf Antifaschistinnen und Antifaschisten folgen. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Forderungen nach der Kündigung einzelner wieder laut werden. Es ist nur eine Frage der Zeit wann die ersten Politiker wieder den Begriff „Berufsverbot“ in den Mund nehmen.

Noch ist es nicht so weit. Und natürlich haben die aktuellen Angriffe noch einen andere Qualität als die vom Staat verhängten Berufsverbote der 70er. Und dennoch gibt es Parallelen: Die öffentliche Diskreditierung. Die Angst bei den Betroffenen, das nicht mehr tun zu können was man gelernt hat. Die ökonomischen Konsequenzen durch den Verlust der Lohnarbeit, die existenzbedrohend sein können.

Damals wie heute ist es die Solidarität aller, die hilft, wenn einzelne herausgezogen und angegriffen werden. Auch in meinem Fall ist das Zusammenstehen vieler eine wichtige Säule für den letztlichen Erfolg: das Abwenden der drohenden Kündigung. Ohne die breite Unterstützung aus unterschiedlichen Ecken wäre ein entsprechender Druck auf meinen Arbeitgeber nicht möglich gewesen.

Aber es kommt auch auf die eigene Haltung an. Wenn Angriffe kommen, hilft es nicht, den Kopf in den Sand zu stecken und sich in die Defensive drängen zu lassen. Im Gegenteil. Nur der offensive Umgang, das Gesicht zeigen, das Einstehen für die eigenen Werte und Vorstellungen eröffnet die Möglichkeit den Spieß umzudrehen.

Das ist nicht immer leicht, gerade wenn man ins Fadenkreuz gerät. Das kostet Kraft und Überwindung. Das erfordert Standvermögen. Umso wichtiger, dass wir auch heute Präzedenzfälle schaffen, die anderen Mut machen und ein klares Zeichen in Richtung Behörden und Arbeitgeber senden: Nicht mit uns!

Und wir dürfen uns auch ansonsten nicht verstecken. Es kann einer möglichen Empörungswelle den Wind aus den Segeln nehmen, wenn ich als Linker meine Wert- und Gesellschaftsvorstellungen bei Arbeitsbeginn nicht in den Dienstschränk hänge, sondern

selbstbewusst mit meiner eigenen Identität umgehe. Schließlich wird linke Politik dann greifbar, wenn die Menschen die Möglichkeit, haben sich damit auseinander zu setzen. Wenn wir sie im Alltag leben. Welcher Ort ist besser dafür geeignet als der, an dem der Wahnsinn der kapitalistischen Gesellschaft täglich spürbar wird?

Solidarität mit anderen und das Streben nach einer gerechteren Gesellschaft sind Aspekte, die sich im beruflichen Alltag widerspiegeln müssen: Im Umgang mit KollegInnen, in der Arbeit als Interessenvertreter, als Gewerkschaftsmitglied.

Zu guter Letzt: Berufsverbote wie in den 70ern und die öffentlichen Angriffe von heute sind Teil des Kampfes gegen Links. Von staatlichen Stellen wie von rechten Kräften. Sie zielen darauf ab uns zu isolieren, uns einzumachen und zum Schweigen zu bringen.

Deshalb ist eine wichtige, wenn nicht sogar die wichtigste Antwort auf diese Angriffe, weiter zu machen. Noch entschiedener für eine gerechtere Gesellschaft und eine bessere Welt einzustehen.

Und wenn ich mich so umschaue, dann gibt es die Notwendigkeit dafür allemal:

In Zeiten, in denen eine rassistische Welle durchs Land schwappt, braucht es eine starke und selbstbewusste antifaschistische Bewegung.

In Zeiten, in denen die großen Konzerne gemeinsam mit der Bundesregierung unsere Zukunft verfeuern, braucht es eine starke Bewegung für Klimagerechtigkeit.

In Zeiten zunehmender Angriffe auf die wenigen verbliebenen sozialstaatlichen Errungenschaften braucht es eine starke gewerkschaftliche Bewegung.

Und: Um die Gesellschaft der Ausbeutung und Kriege endlich grundlegend zu verändern, braucht es eine starke Linke. Auf der Straße und im Betrieb!

Danke für eure Aufmerksamkeit.